



CDU-Linke Blüm, Breidbach, Katzer: „Ohne uns kann keiner“

mo George, Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates und erklärter Gegner des Paritätsmodells, räumt ein, das Sozialausschuß-Modell könne „nach der derzeitigen Bewußtseinslage in der CDU durchkommen“.

Noch vager sind die bisherigen Bekenntnisse des Barzel-Herausforderers Kohl. Seine Avancen an die Katzer-Truppe formulierte der Amtsanwärter eher kryptisch: „Mein Verhältnis zu den Sozialausschüssen ist für mich keine Frage der Parteitagstrategie.“ Für ihn habe die CDA „eine ganz wichtige Funktion in der Positionsaufnahme gegenüber breiten Schichten und den Gewerkschaften“.

Nachdem er es bisher, zuletzt Mitte April vor der Jungen Union in Lübeck, bei Gemeinplätzen („Wir alle sprechen von der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit“) beließ, will er sich „im Laufe des Monats Mai“ (Kohl) erstmals deutlicher zu der für ihn peinlichen Mitbestimmungsfrage äußern.

Seine Position ist besonders delikant. Auf dem Düsseldorfer Parteitag noch hatte er zunächst das Katzer-Modell vertreten und war dann — als die Mehrheit der Gegner deutlich wurde — rasch umgefallen.

Barzels Vorsprung als Fraktionsvorsitzender in Bonn will Rivale Kohl mit der Vorstellung als Landesfürst in Mainz und als Sprecher der Unionsmehrheit im Bundesrat aufwiegen: Nachdem sich bereits sein Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum mit Hilfe des früheren Steuerexperten im Bundesfinanzministerium Franz Klein (CDU) zu einem potenten Widersacher von SPD-Länderfinanzministern aufgebaut hat, ist nun sein Sozialminister Heinrich Geissler an der Reihe.

Aus dem Planungsstab von Barzels Bundestagsfraktion engagierte er —

neben Sozialfachmann Baldur Wagner — den Rentenexperten Ulf Fink als Leiter einer „Planungsgruppe für Gesellschaftspolitik“.

Mit Sitz in Bonn will Fink die Unionsländer in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der sozialliberalen Koalition über die Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung, die Vermögensbildung und die Mitbestimmung munitionieren — zum Nutzen und zur Imagepflege des Kandidaten Kohl.

Haimo George resümierte die Bemühungen der beiden Kandidaten: „Barzel hat eine Figur auf das Schachbrett gesetzt, und Kohl sucht noch nach einer Position.“

OSTPOLITIK

Neue Perspektive

Mit zinsgünstigen Entwicklungskrediten will Willy Brandt den Kontakt zu den Ostblockstaaten pflegen.

Kanzler Brandt setzte auf das jugoslawische Modell — zum Segen deutscher Unternehmer.

Bedrängt von Polen, Tschechoslowaken und Rumänen, die alle NS-Schuld des Dritten Reiches pauschal mit Milliarden-Beträgen abgegolten haben wollen, möchte der westdeutsche Regierungschef noch in diesem Jahr Warschau, Prag und Bukarest anbieten, womit er Partisanen-Patriarch Josip Broz Tito, 80, in der Osterwoche zufriedengestellt hatte: gute Geschäfte statt Wiedergutmachung. Ein Brandt-Beamter: „Wenn das gelänge, das wäre eine feine Lösung.“

Auf das während der Adria-Tour vereinbarte Modell waren der Jugosla-

we und der Deutsche gekommen, weil ihre Ausgangsforderungen unvereinbar waren. Tito bestand darauf, für seine von den Nazi-Deutschen mißhandelten Landsleute zwei Milliarden Mark einzutreiben. Bonn wollte lediglich ein Zwanzigstel dieser Rechnung, 100 Millionen, zugestehen.

Schon beim ersten Vorgespräch in Belgrad hatte der Marschall seinen Regierungschef Džemal Bijedić den Bonner Gast an die zwei Milliarden erinnern lassen.

Doch der Kanzler ließ sich nicht auf Diskussionen ein. Bartsch fuhr er den Tito-Beauftragten an: „Wenn Sie weiter auf Ihrer Forderung bestehen, müssen Sie das mit meinem Nachfolger ausmachen.“ Und weiter: Vor der Ratifizierung der Ostverträge habe sein Kabinett festgelegt, Schuld und Schulden der Vergangenheit mit guten Beziehungen in der Zukunft zu begleichen.

Beeindruckt von dieser Ruppigkeit des Gastes, schwenkte später Tito auf den Brandt-Kurs ein. Bei den Chefgesprächen am Donnerstag vorletzter Woche auf der Adria-Insel Brioni verzichtete er auf die Milliarden und ließ ins Kommuniqué schreiben, daß die Vergangenheitsbewältigung „durch eine langfristige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten erreicht werden soll“.

Nach der Einigung im Grundsatz kam Wirtschaftslaie Brandt aufs Geschäft.

Schon seit längerem konkurriert die Mülheimer Kraftwerk Union, gemeinsame Tochter von AEG-Telefunken und Siemens, mit den amerikanischen Elektrosen Westinghouse und General Electric um ein jugoslawisches 650-Mil-



Kreditunterhändler Šnuderl
Entwicklungshilfe für den Ostblock?

tionen-Projekt, den Bau eines Kernkraftwerkes im kroatischen Krško. Bisheriger Nachteil der Deutschen: Die Amerikaner offerieren günstigere Zinskonditionen.

Der Kanzler warb bei Tito für die Mülheimer Kraftwerker. Brandts Bitte: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie unser Angebot noch einmal prüfen würden.“

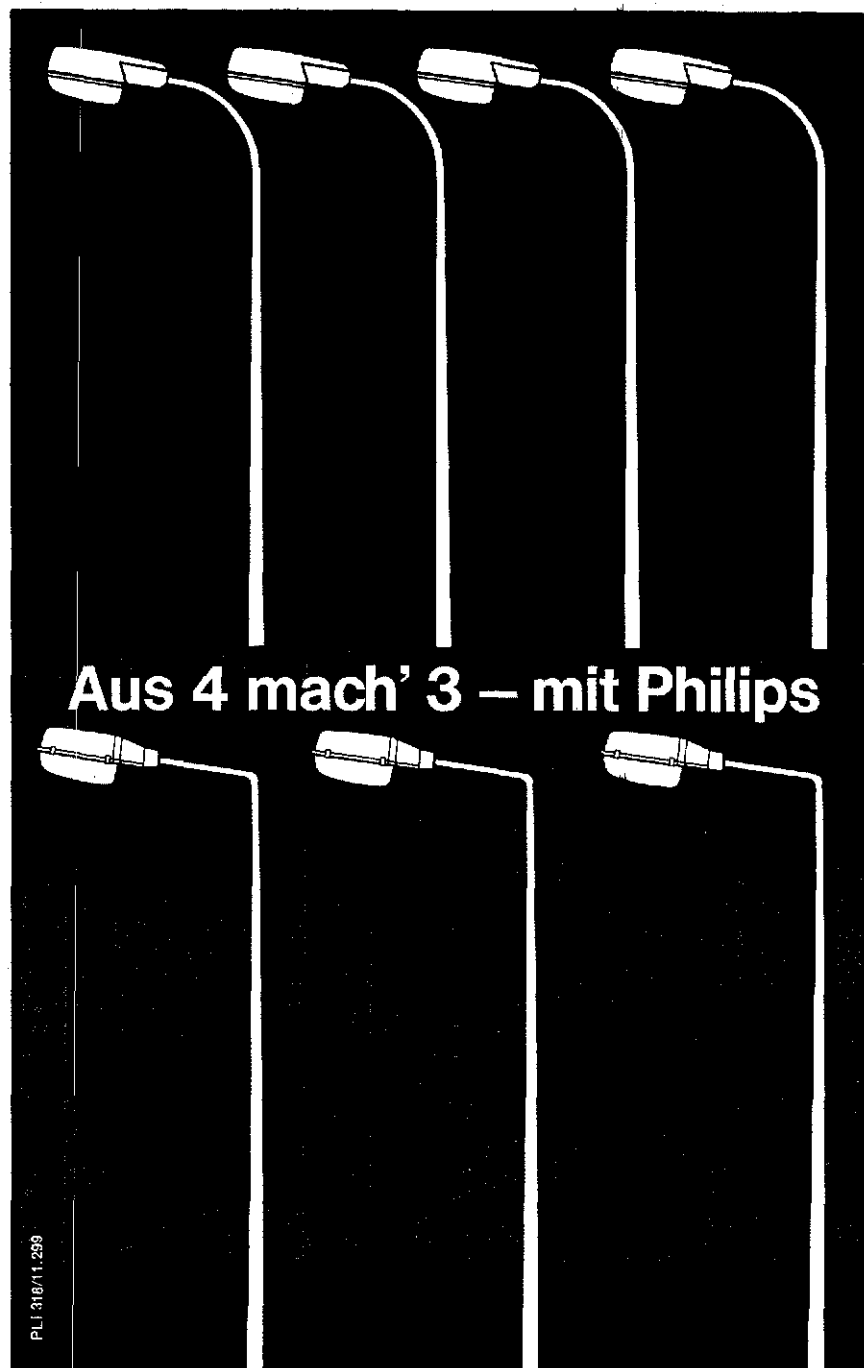
Der jugoslawische Sozialist listig: „Sie haben aber einen Konkurrenten.“ Darauf Brandt: „Ja, ich weiß, die Amerikaner. Aber wir Europäer müssen doch zusammenhalten.“

Den Zusammenhalt will Brandt mit Bonner Subventionen festigen. Er vereinbarte Gespräche über Zinszuschüsse für Kredite und Investitionen — direkte Hilfen, die bislang von der Bundesregierung nur Entwicklungsländern zugestanden wurden. Überdies versprach Brandt, die Zusammenarbeit deutscher Firmen mit sozialistischen Betrieben zu fördern sowie kapitalistische und kommunistische Unternehmen gemeinsam auf dem Weltmarkt antreten zu lassen.

Die Kanzler-Offerte, die ohnehin regen Geschäftsbeziehungen zwischen deutschen und jugoslawischen Firmen mit billigem Geld weiter anzuheizen, kam dem kroatischen Marschall gerade recht. Zwar stopften im Vorjahr 780 000 westdeutsche Touristen, die über eine halbe Milliarde Mark im Tito-Reich ausgaben, gemeinsam mit 460 000 jugoslawischen Gastarbeitern, die 1,4 Milliarden Mark nach Hause überwiesen, das Devisenloch in der Handelsbilanz. Aber für notwendige Großprojekte fehlen die Devisen. Zudem sind die deutschen Zinsen von inzwischen rund neun Prozent für die volkseigenen Unternehmen nicht zu verkraften.

Als Vorbild für zukünftige Bonner Wohltaten soll deshalb ein 300-Millionen-Kredit dienen, den Entwicklungsmminister Erhard Eppler 1972 dem Entwicklungsland Jugoslawien einräumte und für den die Kommunisten nur einen Zins von zweieinhalb Prozent abführen müssen. Ein Kanzler-Berater über die bislang von Bonn stets verweigerten Zins-Subventionen, deren Einzelheiten nun Jugoslawiens Minister für Westbeziehungen, Boris Šnuderl, in Bonn mit Wirtschafts-Staatssekretär Detlef Rohwedder aushandeln soll: „So etwas könnte man auch den Polen und Tschechoslowaken anbieten. Das ist das Modell.“

Das Bonner Kalkül könnte aufgehen. Schon signalisierte Polens KP-Chef Edward Gierek, der wie sein rumänischer Kollege Nicolae Ceausescu in den nächsten Monaten in Bonn vorsprechen will, daß er sich seine Wiedergutmachungsforderung von vier Milliarden Mark mit zinsgünstigen deutschen Krediten abhandeln lassen könnte. Ein hoher Bonner AA-Beamter: „Das ist die neue Perspektive.“



Aus 4 mach' 3 – mit Philips

Weniger Lichtmasten durch neue Lichttechnik mit Philips HGS/SGS-Straßenleuchten

Eine neue Ära der Straßenbeleuchtung beginnt — mit weniger Lichtmasten als bisher üblich. Das bedeutet, daß mit dem gleichen Budget jetzt mehr Straßenkilometer beleuchtet werden können. Ein nicht zu übersehender Vorteil — auch im Hinblick auf Wartungskosten. Gute, gleichmäßige, blendfreie Beleuchtung der Straßen ist gewährleistet — trotz des größeren Abstandes, mit dem diese Leuchten aufgestellt werden können. Hochwertige Materialien und das vom Computer errechnete optische System setzen diesen neuen Maßstab in der Straßenbeleuchtung. Informieren Sie sich. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an.

Bei der **Deutschen Philips GmbH, 2 Hamburg 1, Postfach 1093, Lichtabteilung.**

PHILIPS

Europas
größter Hersteller
von Lampen und Leuchten

